

# AGABY

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER  
AUSLÄNDERBEIRÄTE  
BAYERNS

Landesgeschäftsstelle  
Wittelsbacherstr.1  
91126 Schwabach  
Tel.: 09122/830780  
Fax: 01212 5 102 93 988  
E-Mail: [agaby@web.de](mailto:agaby@web.de)  
Internet: [www.agaby.de](http://www.agaby.de)

---

## Stellungnahme

der Delegierten-Vollversammlung der AGABY

### **Migrantenkinder sollen vermehrt in die Förderschule abgeschoben werden. Ausländerbeiräte kündigen Widerstand an!**

Im Dezember 2005 hat die Bayerische Staatsregierung angekündigt, dass ausländische Kinder vor der Einschulung bezüglich ihrer Deutschkenntnisse getestet werden und bei unzureichenden Kenntnissen im Kindergarten 160 Stunden Deutschförderung bekommen sollen. Kinder, die danach nicht genügend Deutsch können, dürfen nicht in die reguläre Grundschule, sondern sollen in den Förderschulen eingeschult werden. Wir halten diese Regelung für absolut inakzeptabel. Sie bedeutet die Ausgrenzung Tausender Migrantenkinder aus der regulären Schullaufbahn und treibt die Benachteiligung von Kindern nicht-deutscher Muttersprache, die bereits von internationalen Organisationen und Studien bemängelt wird, auf die Spitze. Wir bewerten dies als Rückfall in die pädagogische Steinzeit.

Richtig ist, dass die vorschulische Sprachförderung eine wichtige Weichenstellung für eine erfolgreiche Schullaufbahn darstellt. Insofern ist es zu begrüßen, wenn diesem Bereich endlich Aufmerksamkeit gewidmet wird. Leider sind diesen Überlegungen in diesem Bereich bereits andere wichtige Angebote zum Opfer gefallen: z. B. Muttersprachlicher Ergänzungsunterricht und Umfang der Förderangebote in höheren Jahrgangsstufen. Die Qualität der Diagnoseverfahren, die Methoden und die Wirkung der geplanten 160-Stunden-Deutschkurse sind nirgends untersucht und evaluiert. Nach den bisherigen Erfahrungen werden sie jedoch weder quantitativ noch qualitativ dem Bedarf in diesem Bereich entsprechen und fehlende Deutschkenntnisse kompensieren können. Abgesehen vom geringen Umfang des Förderangebots (Sprachförderung kann und muss in der gesamten Kindergartenzeit und dort täglich und bei allen Aktivitäten im Kindergartenalltag stattfinden) ist die organisatorische, personelle und inhaltliche Umsetzung mehr als fragwürdig. Der Unterricht soll von Lehrer/innen und Erzieher/innen zu je 80 Stunden erteilt werden. Die Zusammenarbeit

zwischen dem Kultus- und Sozialministerium, bzw. Schul- und Jugendämtern, ist – begleitet von viel Unmut und Kompetenzstreitereien – gerade angelaufen. Die Vorbereitung der Pädagogen auf die Aufgabe vor allem in den Kigas und eine inhaltliche Koordinierung der Sprachförderung selbst zwischen den Pädagogen aus dem schulischen und vorschulischen Bereich wird angesichts der vorhandenen Zeitbudgets der Akteure faktisch nicht stattfinden können. Kinder, die nach einem solchen Angebot noch nicht ausreichend Deutsch können, praktisch für lernbehindert zu erklären, ist mehr als zynisch. Wir können uns nicht dem Eindruck verwehren, dass das Ziel dieser Ankündigungen nicht wirklich eine Förderung der Sprachkompetenz der Kinder ist, die in der Tat verstärkt werden müsste. Viel mehr soll den „deutschen“ Eltern signalisiert werden: die Schule gehört nur den Deutschmuttersprachlern und wir halten sie für euch frei von anderen.

Wir fordern eine Schule für alle Kinder. Die Schule soll Kinder nach einer vorschulischen Förderung trotzdem dort abholen, wo sie stehen und sie so fördern, dass sie sich am besten entwickeln können. Schule muss sich konzeptionell und personell auf den Förderbedarf der Kinder einstellen und nicht umgekehrt. Auch Kinder nicht-deutscher Muttersprache, bereits in vielen Fällen deutsche Staatsbürger, haben ein Anrecht darauf, optimal gefördert zu werden, nicht zuletzt auch im Interesse dieses Landes. An dieser Stelle sei angemerkt, dass ein massiver Ausbau von Förderschulen auch finanziell eine irrationale Lösung für die Integration von Migrantenkindern in der Schule darstellt.

Gelder müssten viel effektiver in die Integration investiert werden. Interkulturelle Erziehung und die Situation, die Kompetenzen und der Förderbedarf der Kinder nicht-deutscher Muttersprache, die bereits einen beachtlichen Anteil aller Schulkinder darstellen, sollen als integrale Bestandteile des Bildungssystems betrachtet werden. Weder der Ausschluss dieser Kinder noch deren Scheitern an einem einsprachigen und monokulturellen System darf stattfinden. Die Schule muss in der Lage sein, alle Kinder im Interesse der Zukunft dieser Gesellschaft optimal zu fördern.

Hier seien einige Beispiele für Maßnahmen und Strategien erwähnt, die eine bessere Sprachkompetenz der Kinder bewirken können:

- **Informations- und Hilfeangebote für Eltern, damit die Sprachförderung im zweisprachigen Kontext von Geburt an besser verlaufen kann;**
- **Verbesserung der Sprachförderung im Kindergartenalltag durch verbesserte Personalschlüssel und Qualifikationsangebote und Praxishandreichungen für die Erzieher/innen;**
- **Mehrsprachigkeit und Sprachförderung im mehrsprachigen Kontext soll konzeptionell in den Lehr- und Erziehungsplänen sowie in den Ausbildungsprogrammen aller Erzieher/innen und Lehrer/innen berücksichtigt werden;**
- **Ausbau fächerübergreifender schulischer sowie schulbegleitender Deutschförderung in allen Jahrgangsstufen;**
- **sozialverträgliche Ganztagskindergartenplätze für Kinder mit besonderem Förderbedarf und aus benachteiligten Familien.**

Wir begrüßen die Ankündigung der Staatsregierung das Angebot an Ganztagschulen in Bayern auszubauen und hoffen, dass der Maßstab ein flächendeckendes Angebot sein wird.

Würzburg, 30. April 2006